افغانستان آزاد ــ آزاد افغانستان AA-AA

www.afgazad.com afgazad@gmail.com

European Languages

Aus: Ausgabe vom 21.12.2017

Von Knut Mellenthin 22.12.2017

Tausend Tage Krieg [Jemen]

8,4 Millionen Menschen im Jemen vom Hungertod bedroht. Bundesregierung widerruft Kritik an Aggressor Saudi-Arabien



Leichenbergung in Sanaa nach mutmaßlich saudischem Luftangriff auf Gefangenenlager der Ansarollah (13.12.2017)

Foto: Hani Al-Ansi/dpa

Saudi-Arabien hat am Mittwoch erneut das Bürgerkriegsland Jemen bombardiert. Von der lokalen Gesundheitsbehörde hieß es gegenüber *dpa*, bei den zwei Luftangriffen in der nördlichen Provinz Saada seien elf Zivilisten getötet und vier weitere Unbeteiligte verletzt worden. Der Behörde zufolge konnten die Helfer den Ort des Bombardements zunächst nicht erreichen, weil die Kampfjets noch immer über dem Gebiet flogen. Aus Riad hieß es, der Angriff sei die Antwort auf einen am Tag zuvor vereitelten Raketenangriff auf die saudische Hauptstadt gewesen. Die schiitischen Ansarollah hatten laut *AFP* den Raketenabschuss auf Riad bestätigt und erklärt, der Angriff habe der offiziellen Residenz des saudi-arabischen Königs Salman, dem Jamama-Palast, gegolten.

Saudi-Arabien wirft dem Iran vor, für die Waffenlieferungen an die schiitischen Aufständischen im Jemen verantwortlich zu sein. Teheran wies die Anschuldigungen zurück: »Wir liefern keinerlei Waffen an den Jemen«, sagte Außenamtssprecher Bahram Ghassemi nach Angaben iranischer Medien am Mittwoch.

Saudi-Arabien führt seit März 2015 zusammen mit den Vereinigten Arabischen Emiraten Krieg gegen den Jemen. Am Dienstag waren es 1.000 Tage seit Beginn des Interventionskrieges. Die internationale Hilfsorganisation Oxfam hat aus diesem Anlass gewarnt, dass gegenwärtig mehr als 8,4 Millionen Einwohner unter einer Hungersnot litten. Der Jemen muss traditionell 90 Prozent seines Bedarfs an Nahrungsmitteln einführen, weil die Voraussetzungen für eine eigene Landwirtschaft kaum gegeben sind. Benötigt wird außerdem importierter Treibstoff zur Stromerzeugung, zum Betrieb elektrischer Wasserpumpen und für den Transport von Waren. Seit die Saudis ihre Maßnahmen Anfang November verschärften, kam nach Angaben von Oxfam kein Treibstoff mehr ins Land. Außerdem konnte nur ein Drittel der benötigten Menge Lebensmittel in den Jemen gelangen.

Außenminister Sigmar Gabriel hat sich derweil am Mittwoch bei Riad für seinen Kommentar zur Libanon-Krise im vorigen Monat entschuldigt. Er hatte im November gesagt, mit der Art und Weise, »wie mit dem Libanon umgegangen wird«, sei nun die Spitze erreicht. Er hatte damit auf die Rücktrittserklärung des libanesischen Ministerpräsident Saad Hariri reagiert, die ganz offensichtlich durch politischen Druck in Riad zustande gekommen war. Es müsse deutlich werden, so Gabriel damals weiter, »dass wir das Abenteurertum, das sich in den letzten Monaten dort breitgemacht hat, nicht mehr bereit sind, einfach sprachlos hinzunehmen«. In diesem Zusammenhang nannte er auch den Krieg im Jemen und die Maßnahmen mehrerer arabischer Staaten gegen das Fürstentum

Gegenüber der saudischen Tageszeitung *Al-Schark Al-Ausat* erklärte er am Mittwoch, mit seinen Äußerungen habe er »kein bestimmtes Land in der Region angreifen wollen, auch nicht Saudi-Arabien«. Als Versöhnungsangebot an das Regime in Riad setzte Gabriel hinzu: »Saudi-Arabien ist der größte Spender humanitärer Hilfe im Jemen, aber dieser Fakt wird in Deutschland leider von einigen ignoriert.«

Im Zusammenhang mit Gabriels Saudi-Schelte war Mitte November bekanntgeworden, dass im dritten Quartal 2017 dreimal so viele deutsche Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien genehmigt wurden wie im gleichen Zeitraum des Vorjahres.